Studien wie die vorliegende sind in größerer Zahl wünschenswert. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass das Regionalprinzip in der hier gepflegten exzessiven Form eine neue Metaebene fast bedingt. So wird man vergleichende Blicke auf andere (Klein-)Räume vergeblich suchen – auch dort, wo, wie im Falle der Eheschließung (S. 211 f., 269), solche Vergleiche möglich sind. In jedem Fall bleibt der Gewinn die Kontrastierung von Zentrum und Peripherie – auch in ideellen Angelegenheiten: Der Suche nach dem Seelenheil als „Fluchtauslöser“ (S. 307) steht die Ideologisierung auf Seiten der hohen Geistlichkeit (etwa in Dresden) gegenüber (S. 495), woraus sich die Genese bestimmter Exulantenmythen schlüssig erklären lässt. Der Vf. zieht selbst das entscheidende Fazit (S. 584 f.): Während die Betroffenen im böhmischen Grenzstreifen selbst eher undramatisch mit den Mitteln des Alltags die konfessionelle Spannung meisterten, konstruierten die Pfarrer an eben jener Grenze bereits die „Bekenner“ im konfessionellen Streit.

Passau

Thomas Wunsch

Joachim Bahlcke: Ungarischer Episkopat und österreichische Monarchie. Von einer Partnerschaft zur Konfrontation (1686-1790). (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Bd. 23.) Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005. 516 S. (€ 58,-)

Das vorliegende Werk des Frühneuzeithistorikers Joachim Bahlcke basiert auf einer 2001 an der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften der Universität Leipzig eingereichten und vom Autor für die Drucklegung überarbeiteten Habilitationsschrift. B.s Arbeit ist im Rahmen eines Forschungsprojekts am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig entstanden. Dessen Ziel war es, Trägergruppen und Handlungsfelder ständischer Politik zu analysieren, um deren Leitvorstellungen und Wirkungsweisen als spezifische Form des politischen Handelns gesellschaftlicher Interessen zu erfassen. Der Vf. hat diesen Ansatz aufgenommen und für den katholischen Klerus Ungarns im ausgehenden konfessionellen Zeitalter plausibilisiert, indem er nach dessen Zusammensetzung, seinem Wirken und seiner Indienstnahme durch die expandierende habsburgische Staatsgewalt fragt. Aufschlussreich ist die Arbeit auch insofern, als die Forschungshypothese der Absolutismusresistenz der Ständegesellschaft für den Untersuchungsraum überprüft und so die ostmitteleuropäische Libertas-Kultur in ihrem Spannungsfeld von Landes- und Glaubensfreiheit, Herrschaftsrecht und Herrschaftsbegrenzung vermessen wird. Insgesamt soll herausgearbeitet werden, warum sich bis zum Ende des 18. Jh.s das ungarische Bischofskollegium vom traditionellen Bündnispartner der Dynastie zum Gegner der expandierenden Staatsgewalt entwickeln konnte. Der Vf. konzentriert sich auf die Ständepolitik bzw. die ständische Interessenpolitik. Methodisch hat er seine Studie als eine kombinierte Struktur-, Sozial- und Ideengeschichte angelegt. Diese Prämissen implizieren, dass frömmigkeits- bzw. theologiegeschichtliche Aspekte kaum Beachtung finden.

Inhaltlich folgt die Darstellung einem kombinierten sachlogisch-systematischen und chronologischen Zugriff. Nach einer präzisen Reflexion der Fragestellung werden zunächst mit der kirchlichen Geographie die spezifischen Raumbeziehungen der Kirche in Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen sowie die Rechtsstellung und der Werdegang der geistlichen Führungsschicht Ungarns im späten 17. und 18. Jh. vorgestellt. Mit Hilfe der komplementär zu verstehenden Kategorien „geistliche Familienpolitik“ und „individueller Aufstieg“ werden dabei fünf bischöfliche Karrieren in der *Hungaria Sacra* näher charakterisiert und Unterschiede zur geistlichen Familienpolitik, wie sie in der Reichskirche zu beobachten ist, analysiert. In zwei Schritten wird dann die Leitfrage der Untersuchung beantwortet, indem zunächst Formen und Grenzen einer Zusammenarbeit mit dem Wiener Hof nach dem Ende der Osmanenherrschaft 1686 bis 1750 und schließlich die kirchliche Autonomie im Widerstand gegen einen souveränen Machtstaat in der Zeit bis 1790 dar-

gestellt werden. Die Ursachen für diese Entwicklung sind sowohl in den religiösen und politischen Auffassungen der Geistlichen sowie in der Ungarnpolitik des Wiener Hofes, den Beziehungen zur päpstlichen Kurie als auch in der Stellung der österreichischen Monarchie im internationalen System zu erkennen.

B. hat sich in seiner Studie insbesondere mit den von Geistlichen verfassten zeitgenössischen Werken des 18. Jh.s befasst. Zudem wurden relevante Quellenbestände wie bischöfliche Mandate und Korrespondenzen, Nuntiaturreporte, Akten der ungarischen Dikasterien und der Wiener Zentralbehörden, politische Denkschriften in staatlichen und kirchlichen Archiven sowie Handschriftensammlungen Ungarns, Kroatiens, der Slowakei, Österreichs und Deutschlands ausgewertet. Bemerkenswert ist zudem, dass auch Bestände des Archivs der Franckeschen Stiftungen in Halle/Saale in die Untersuchung einbezogen wurden. Der Vf. hat nicht nur diese Materialien stringent entlang seiner Fragestellung interpretiert, sondern auch zwei sich durch die Weite des Themas ergebende Probleme überzeugend gelöst: das Fehlen einer einheitlichen Geschichtsschreibung eines Vielvölkerstaates wie dem so genannten Stephansreich, welches von den konkurrierenden Nationalhistoriographien des 19. und 20. Jh.s nur unzureichend zur Kenntnis genommen wurde, und die selektive Wahrnehmung der jeweils eigenen Gruppengeschichte der entsprechenden Konfessionen. Erst vor diesem Hintergrund ist die Forschungsleistung B.s adäquat zu würdigen: So integriert er in seine Studie über den römisch-katholischen Episkopat neben der ungarischen Forschung auch die kroatische, serbische (jugoslawische), slowakische, tschechische (tschechoslowakische), rumänische und ukrainische Historiographie.

B.s empirisch gehaltvolle Untersuchung ist ein Paradebeispiel innovativer Spezialforschung, die zugleich durch ihre generalisierenden Aussagen zu überzeugen weiß. Was der Vf. im Ergebnis bietet, bedeutet einen erheblichen Erkenntnisfortschritt der Ostmitteleuropaforschung und eine Perspektivenerweiterung der historischen Forschung insgesamt.

Stuttgart

Julian Kümmerle

Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989. Hrsg. von Detlef Brandes, Dušan Kováč und Jiří Pešek. (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, Bd. 14; Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bd. 28.) Klartext Verlag. Düsseldorf 2007. 336 S. (€ 24,90.)

Die Hrsg., die in der deutsch-tschechisch-slowakischen Historikerkommission an verschiedenen themenbezogenen wissenschaftlichen Aufsatzsammlungen mitgearbeitet haben, wollen hier eine „unübliche Publikation“ vorlegen, die auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet und in der Darstellung der wichtigsten Schlüsselmomente der deutsch-tschechischen Beziehungen einen Anreiz zum Nachdenken über die Nachbarschaftsbeziehungen anbietet. Die Autoren liefern z.T. Kurzberichte größerer Arbeiten, teilweise nur allgemeine Erörterungen, die auf unterschiedlich dichter Literaturkenntnis fußen, manchmal auch auf veralteten Darstellungen.

Der Titel erscheint unglücklich gewählt, denn eine „Wende“ bezeichnet eigentlich eine Umkehr, mindestens eine Richtungsänderung; davon ist in den meisten Texten aber keine Rede, denn oft behandeln sie historische Momente, die bereits bestehende Trends verstärken. Wenn im letzten Beitrag (Christoph Cornelißen) der Begriff „Wendepunkte“ selbst noch einmal reflektiert wird und stattdessen „Wendephasen“ vorgeschlagen wird, ändert sich an dieser Grundproblematik nichts. Die einzelnen Beiträge tragen alle eine Jahreszahl in der Überschrift (beginnend mit 1848 und endend mit 1989) und bieten dann eine knappe Darstellung der Ereignisse und Reflexionen über deren Einordnung in die Geschichte der tschechisch-deutschböhmischen, später dann tschechisch-deutschen Nachbarschaftsproblematik. Da hier Momente der Krisen und oft dramatischer Konflikte erfasst sind, ist das